

Armut und Reichtum in Deutschland und Rheinland-Pfalz

Der dritte Lebenslagenbericht der Bundesregierung und der vierte Armuts- und Reichtumsbericht des Landes Rheinland-Pfalz

Vortrag beim Sozialforum Koblenz am 24. August 2010

Einführung

Ein Kennzeichen der heutigen Armut ist, dass sie sich entgrenzt hat, quasi vom „Rand“ in die „Mitte“ gewandert ist.

Denn die Armut betrifft nicht mehr nur „Randgruppen“ wie Obdachlose, Suchtabhängige, Brennpunktbewohner, ethnisch-marginalisierte oder dissozialisierte Einzelgänger, stadtbekanntes Ortsarme, Eckensteher, Flaneure, Lazzaroni und Aussteiger, sondern auch den langzeitarbeitslosen Ingenieur, die akademisch gebildete Alleinerziehende, das schuftende Fabrik- und Dienstleistungspersonal, den entrechteten Leiharbeiter, den kreativen, aber prekarierten Klein- oder Internetunternehmer und mit der Kurzarbeit auch Teile der Kernbelegschaften des „Modells-Deutschland“. Ganz normale Rentnerinnen und Rentner stehen an den Tafeln an.

Dagegen ist die Europäische Kommission optimistisch: Sie geht „mit neuem Mut“ an das Europäische Jahr gegen Armut und Ausgrenzung heran und glaubt immer noch an die Integrationsfähigkeit der Euro-Zone. Dass sich in der Finanz- und Wirtschaftskrise ein Teil der Staatengemeinschaft in einen „Saustall“ verwandelt und als „PIGS“ tituliert werden, dass die Armut in Europa je nach Mitgliedstaat zwischen 10 % und 25 % liegt und in Europa jedes 7. Kind arm ist, ficht sie nicht an (vgl. Euro-Memo 2009/10, S. 23 und 25). Sie will mit der AGENDA 2020 im Prinzip so weitermachen wie bisher.

Trotz wachsender Armut verkündet die Bundesregierung bereits wieder Erfolgswahlen bei steigenden Exportziffern und zurückgehender Arbeitslosigkeit, wobei Quelle gerade Pleite gegangen ist, Millionen Autos auf Halde stehen, Opel und Karstadt vor einer unsicheren Zukunft stehen und weitere Hunderttausende von Arbeitskräften um ihre Arbeitsplätze bangen.

Für die Kosten der Rettung „systemrelevanter“ Banken und die Rückführung der ausufernden Staatsschulden sollen im aktuellen Sparpaket insbesondere die Armen

bluten. Wieder ist das Wort des rheinland-pfälzischen Philosophen Ernst Bloch höchst aktuell: „Da es nicht für alle reicht, springen die Armen ein“ (Spuren 1930).

Die Armen: Wie viele sind es, wie geht es ihnen, wer ist eigentlich von Armut betroffen und warum? Was kann man gegen Armut tun? Aber da ist ja noch der Gegenpol, der Reichtum. Wie stellt sich dieser dar und wie kann man mit ihm umgehen?

Lassen Sie uns zwecks Beantwortung dieser Fragen in die jüngsten regierungsamtlichen Berichte hinein schauen.

Um diese Berichte interpretieren zu können, fragen wir uns zunächst, was ihre Funktion ist und mit welchen Armutsbegriffen sie operieren.

Zur Funktion der Berichte:

Armutsberichte sind in Deutschland auf Druck der Fachpraxis und Fachwissenschaft in den neunziger Jahren durchgesetzt und inzwischen hoffähig geworden. Noch in der Kohl-Ära gab es einen jahrelangen Streit darüber, ob es Armut in Deutschland überhaupt gibt und ob dieser Begriff benutzt werden darf. Heute werden Armuts- aber auch Reichtumsberichte aufgrund parlamentarischer Vorgaben und Entscheidungen von der jeweiligen Landes- oder Bundesregierung aufgelegt. Dass die Armutsberichte um Reichtumsteile ergänzt werden konnten, ist einer jahrelangen Bemühung von Fachwissenschaftlern und einigen wenigen Politikern, insbesondere Ernst-Ulrich Huster und dem SPD-Bundestagsabgeordneten Konrad Gilges, aber auch den Fachpraktikern und Verbänden zu danken. Diese Berichte sollen der Politik und der Gesellschaft bzw. zivilgesellschaftlichen Akteuren Informationen über gesellschaftliche Probleme und Hinweise für ihr Handeln bereitstellen (das Land Hessen hat sich hierzu noch nicht durchringen können).

Natürlich waren und sind auch die Konzepte dieser Berichte und damit auch ihre Ergebnisse umstritten. Es haben sich inzwischen aber bestimmte Konventionen herausgebildet, nach denen Armuts- und Reichtumsphänomene gemessen und dargestellt werden. Diese werden politisch unterschiedlich interpretiert. Um eine allzu einseitige, rein regierungsamtliche Darstellung zu vermeiden, hat man in Rheinland-Pfalz auf Druck der LIGA und anderer zivilgesellschaftlicher Akteure den Ansatz eines „kritischen Dialogs“ durchgesetzt: denn der vorletzte und der aktuelle 4. Landes-Armuts- und Reichtumsbericht enthält nicht nur die Darstellung der Landesregierung,

sondern auch die der Freien Wohlfahrtspflege und der Gewerkschaften. Hierdurch werden unterschiedliche Sichtweisen, Erfahrungsräume und Bewertungen deutlich und somit diskutierbar.

Armuts- und Reichtumsberichte sind Teil der „wertfreien“, akademischen empirischen Sozialforschung. Diese erkundet zumeist die Oberfläche der Gesellschaft und geht kaum auf deren Tiefenstrukturen ein. Auch der Zusammenhang von Armut und Reichtum ist in den vorliegenden Berichten mit Ausnahme von Bewertungen der Sekundärverteilung (staatliche Verteilungspolitik) nicht diskutiert worden. Dies markiert eine derzeit unüberschreitbare Grenze dieser Berichte. Trotzdem stellen sie wertvolles Material über die Armutserscheinungen und die Positionen der Politik zur Verfügung. Steigen wir nun mit einer Klärung der benutzten Begriffe in die Sache ein.

Armutsbegriffe und Armutsdefinitionen

Allgemein ist Armut ein Zustand des Mangels und Ausdruck einer dürftigen Lebenslage. Dieser Zustand muss jedoch immer zu den historischen Bedingungen einer Gesellschaft in Beziehung gesetzt werden. Ob Armut das Überleben gefährdet oder nur eine Schlechterstellung der Einen gegenüber den Anderen bei prinzipiell gesicherter Existenz für alle ist, macht einen Unterschied. Deshalb differenziert man in der Armutsforschung und -politik grundsätzlich zwischen absoluter und relativer Armut, obwohl eine trennscharfe Abgrenzung m. E. aufgrund der menschlichen Konstitution als personales **und** soziales Wesen nicht möglich ist. Auch in der Armutsforschung wird festgestellt, dass in die Bestimmung von Grundbedürfnissen wie Nahrung, Kleidung, Obdach, Schutz und Sicherheit sog. "moralische Elemente" mit eingehen, die von historisch-kulturellen, also relativen Standards, abhängig sind.

Absolute bzw. extreme Armut liegt dann vor, wenn Menschen die genannten grundlegendsten Bedürfnisse nicht befriedigen können und deshalb die physische Existenz nicht dauerhaft gesichert ist.

Relative Armutsbegriffe dagegen wollen Armut als Schlechterstellung im Vergleich mit dem durchschnittlichen (gewichteten Haushalts-) Einkommen bzw. den durchschnittlichen Lebensverhältnissen in einer Gesellschaft erfassen. Man unterscheidet in diesem Zusammenhang eine milde, relative Armut (60 % des Äquivalenzeinkommens) und eine strenge, relative Armut (40 % des Äquivalenzeinkommens). Früher

hat man als Armutsgrenze meist die Mitte zwischen 60 und 40 %, also 50 % angewandt. Heute hat man sich im Rahmen der Vereinheitlichung mit der europäischen Armutsberichterstattung auf die 60 %-Grenze geeinigt. Ein Unterfall relativer Armutsmessung ist die Festlegung eines sozio-kulturellen Existenzminimums. Hierbei wird das physische Existenzminimum um sog. Teilhabekategorien erweitert. Das derzeitige SGB II (Hartz IV), ebenso wie die Sozialhilfe soll dieses sozio-kulturelle Existenzminimum abbilden.

Im Gegensatz zu früher, wo man sich häufig auf die Sozialhilfe als den offiziell anerkannten Pauperismus beschränkt hatte, ist man inzwischen zum sog. Lebenslagenansatz fortgeschritten, der quantitative und qualitative Unterversorgungslagen in zentralen Lebensbereichen wie Einkommen und Arbeit, Wohnen und Bildung, Gesundheit und sozialen Beziehungen erfasst. Er berücksichtigt die Mehrdimensionalität der Armut. Auf diesen Lebenslagenansatz berufen sich auch der 2. und 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (2005 und 2008), die die Entwicklung der Jahre 1998 – 2003 und 2003 – 2006/2007 darstellen. In diesen regierungsamtlichen Verlautbarungen stützt man sich auf das Konzept des in Indien geborenen und in Cambridge lehrenden Forschers Amartya Sen, wonach Armut ein Mangel (und Reichtum ein hohes, fast unbegrenztes Maß) an Verwirklichungschancen ist. „Das Konzept versteht unter Verwirklichungschancen die Möglichkeiten oder umfassenden Fähigkeiten („Capabilities“) von Menschen, ein Leben führen zu können, für das sie sich mit guten Gründen entscheiden konnten und das die Grundlagen der Selbstachtung nicht in Frage stellt.“

Armutsdaten

Im **3. Lebenslagen-Bericht der Bundesregierung** werden, neben der Entwicklung von Einkommen und Vermögen, die zentralen Trends in den Bereichen Erwerbsbeteiligung, Bildung, Familie und Kinder, Gesundheitsversorgung, Wohnen und politische Partizipation beschrieben. Darüber hinaus stehen Personengruppen im Focus, die im besonderen Maße beeinträchtigt sind. (Seite 28) Außerdem werden die Armutsbekämpfungsmaßnahmen der Bundesregierung dargestellt. Dabei ist sie davon überzeugt, dass sich ihre Reformbilanz, insbesondere in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung, sehen lassen könne; sie bedauert, dass sich die jüngsten Aufschwungerfolge noch nicht im Bericht darstellen ließen. Das war im Juni 2008.

Nur wenige Monate später schlug die Wirtschafts- und Finanzkrise zu und wir dürfen gespannt sein, wie die nächste Bundesregierung diese Entwicklung beschreibt.

Aber verweilen wir kurz bei den Ergebnissen dieses 3. Armuts- und Reichtumsberichts. Wie schon beim letzten Lebenslagenbericht (2004) wurde auch hier die „Armutrisikoquote“, also 60 % des Mittelwertes des bedarfsgewichteten Nettoäquivalentseinkommens aller Personen als Armutsgrenze angewandt (der Median). Diese Grenze lag 2003 bei 938 € und nunmehr, d.h. für das Jahr 2006 bei nur noch 781 €. Dies ist ein deutlicher Hinweis darauf, dass die Einkommen im mittleren und unteren Segment eingebrochen sind. Und tatsächlich: Inzwischen sind bereits ein Drittel aller abhängig Beschäftigten im Niedriglohnsektor tätig und zwar überwiegend die Frauen. Anfang der 90-er Jahre war dies nur bei einem Viertel der Fall.

Je nach Datenbasis sind zwischen 13 und 18 % der Bevölkerung armutsgefährdet. Das sind nach EU-SILC 2006 10,4 Millionen Personen und nach SOEP 2006 14,4 Millionen Menschen. **(Graphik S 17 3. Llibericht)** Gegenüber dem Durchschnittsbürger haben z. Bsp. Langzeitarbeitslose mit Kindern ein Armutrisiko von 42 %, Alleinerziehende von 24 % und Migranten von 28 %. Die Kinderarmut – also die „Infantilisierung der Armut“ – ist mit 1,8 Millionen Kindern unter 15 Jahren, die als SGB II- bzw. Sozialgeldbezieher ausgewiesen sind, sehr hoch. Einschließlich der Sozialhilfe- und Flüchtlingskinder und einer gewissen Dunkelziffer schätzt die Memorandumgruppe aus Bremen die Zahl armer Kinder auf 2,8 - 3 Millionen.

Der DPWV-Armutsatlas

Eine sehr eindrückliche Darstellung der Armutssituation in Deutschland hat jüngst der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband Berlin mit dem 1. Armutsatlas für die Regionen in Deutschland vom Mai 2009 geliefert. Hier werden die Armutsquoten der einzelnen Bundesländer und innerhalb dieser auch von einzelnen Regionen mit Bezug auf die 60 %-Grenze dargestellt (vgl. **Folie Armutsquoten 2007** in den einzelnen Bundesländern). Hier sieht man, dass der „Osten“ der Bundesrepublik das Armenhaus von Deutschland ist. Rheinland-Pfalz liegt dabei mit einer Armutsquote von 13,5 %, die sich gegenüber 2005 (14,2) sogar verbessert hat, im unteren Drittel der Werte in Deutschland. Auf Westdeutschland bezogen, befinden wir uns 2007 in Rheinland-Pfalz im Mittelfeld.

Übergang: Armut in Rheinland-Pfalz

Im neuen Armuts- und Reichtumsbericht des Landes wird die Armutsrisikoquote für das Jahr 2008 bei 14,5 % ausgewiesen. Sie ist also um einen ganzen Prozentpunkt gestiegen. Gut eine halbe Millionen Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler und damit rund jede bzw. jeder 7. gelten als armutsgefährdet. Damit liegt das Land ganz knapp über dem bundesrepublikanischen Durchschnitt von 14,4 % und an sechstbesten Stelle im Vergleich mit den anderen Bundesländern (S. 15, s. auch **Schaubild S. 16**). Im Bundesvergleich der sog. SGB II-Quote (S. 34) also der Zahl der Empfängerinnen und Empfänger von Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (Hartz IV) liegt Rheinland-Pfalz hinter Bayern und Baden-Württemberg sogar an drittbesten Stelle mit einer Quote von 7,7 (Berlin 21,3, Bayern 4,9 im Mai 2009).

Auch was die Arbeitslosenquote angeht, so konnte das Land Rheinland-Pfalz den 3. Platz im Vergleich der Länder seit 2004 mit 5,6 % Jahresdurchschnitt 2008 sichern.

Demnach ist die Situation in Rheinland-Pfalz im Vergleich mit anderen Bundesländern, insbesondere den Ost-Deutschen oder den Ländern mit wirklich großen Städten und entweder industrieller oder ländlicher Monostruktur vergleichsweise günstig.

Gehen wir aber noch etwas in die Tiefe und sehen uns die Armut in Rheinland-Pfalz noch etwas näher an.

Nachdem die ersten beiden Landesarmutsberichte 1993 und 1998 in „ministerieller Heimarbeit“ erstellt worden waren, ist der 3. und 4. Armuts- und Reichtumsbericht des Landes 2004 und 2009/10 gemeinsam mit dem DGB und der LIGA verfasst worden. Für den jüngsten Bericht hat man sich wissenschaftlichen Beistand eingekauft. Mit einer Studie zur Entwicklung von Armut und Reichtum in Rheinland-Pfalz ist das Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur an der Goethe-Universität Frankfurt mit Prof. Dr. Alfons Schmid als Leiter beauftragt worden. Ein Beitrag über die Situation von Sozialen Brennpunkten in Rheinland-Pfalz wurde von Frau Prof. Dr. Meier-Gräwe und Frau Dr. Sennlaub erarbeitet. Während die Studie von IWAK sehr viel Zahlenmaterial mit Kommentaren bringt, hat die LIGA die neuen Gesichter der Armut beschrieben und der DGB einen kleinen Teil über prekäre Arbeit verfasst.

Auch in Rheinland-Pfalz bezieht man sich bei der Armutsdarstellung auf den Lebenslagenansatz und den Ansatz der relativen Einkommensarmut. Hierzu wertet man

insbesondere die Datenquelle des Mikrozensus und die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) aus. Darüber hinaus werden zur Darstellung der einzelnen Lebenslagen Daten und Erfahrungen aus den einzelnen Ressorts der Ministerien herangezogen. Im Rahmen des Mikrozensus werden in Rheinland-Pfalz jährlich ca. 18.000 Haushalte befragt. Die Beteiligung der ausgewählten Familien ist dabei Pflicht. Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe wird nur alle 5 Jahre durchgeführt und umfasst in Rheinland-Pfalz ca. 3.500 Haushalte.

Was sind nun die wichtigsten Ergebnisse zu Armut in Rheinland-Pfalz?

Zunächst zur Einkommensarmut: Laut Bericht (S. 16) sind Erwerbslose mit einer Quote von 53,1 % und Alleinerziehende mit Kindern unter 18 Jahren zu 44,2 % von einer Armutsgefährdung bedroht bzw. betroffen. Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung sind mit 27,2 % armutsgefährdet und Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit mit 34,4 %. Die große Gruppe der etwa 700.000 Personen mit Migrationshintergrund sind zu 27,9 % armutsgefährdet. Wie in der Vergangenheit auch sind aktuell Frauen stärker armutsgefährdet als Männer. Die Armutsgefährdungsquote der Frauen lag 2008 bei 15,8 %, während sie bei den Männern nur 13,2 % betrug.

Im Landesteil werden die Lebenslagen der Hartz IV-Empfänger, der Sozialhilfeempfänger, der Arbeitslosen, der Überschuldeten, der Familien und Kinder, der Älteren, der Menschen mit Behinderungen, der Migrantinnen und Migranten und der Wohnungslosen einschl. der Brennpunkt-Bewohner recht ausführlich beschrieben und die jeweiligen Armutsbekämpfungsmaßnahmen der Landesregierung dargestellt. Dass muss man schließlich selbst nachlesen, um sich im Einzelnen zu informieren. Ich will im Folgenden nur einige ausgewählte Ergebnisse noch einmal näher darstellen und dabei auch einige Abschnitte aus dem LIGA-Teil, der die Armut aus dem Blickwinkel der Betroffenen selbst zu beschreiben versucht, vorstellen (Auswahlkriterien: Grad der Armutsbetroffenheit, Illustration der allgemeinen Entwicklung (s. Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse bzw. quantitative Betroffenheit).

Ausgewählte Armutserscheinungen

Das Neue: Armut durch Arbeitslosigkeit oder Arbeit

Im Jahr 2009 waren von den gut 4 Mio. Rheinland-Pfälzern ca. 1,8 Mio. erwerbstätig bzw. hatten in Rheinland-Pfalz ihren Arbeitsort. In den letzten Jahren ging sowohl die Arbeitslosigkeit als auch der Hartz IV-Bezug deutlich zurück (Arbeitslosenquote Juni 2004 7,4 %, Dezember 2008 5,5 %). Mit dem Beginn der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahre 2008 stieg die Arbeitslosenquote leicht von 5,5 % (Dezember 2008) auf 5,7 % im Dezember 2009 (S. 52).

Im September 2009 bezogen 242.773 Personen SGB II-Leistungen. Hinzu kamen ca. 35.000 Menschen, die (2008) die sog. Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bezogen (S. 118) sowie die gut 12.000 Sozialhilfeempfängerinnen und –empfänger, die es am 31. Dezember 2008 gab (S. 45), so dass man insgesamt von knapp 300.000 Menschen Ende 2008 ausgehen muss, die der Fürsorge anheim gefallen sind und in der Zone des „offiziellen Pauperismus“ leben.

Gegenüber dem Armutsrisiko eines Erwerbstätigen mit 7,4 % liegt die Gefährdungsquote bei Erwerbslosen mit 53,1 % sehr hoch. Dennoch schützt Arbeit nicht vor Armut. Während bundesweit etwa 1,35 Mio. auf zusätzliche Leistungen des SGB II angewiesen sind, sind es in Rheinland-Pfalz immerhin 46.800 Personen (S. 36). Hier von waren 25.500 geringfügig beschäftigt und 14.300 (also 30 %) vollzeitbeschäftigt! Die Landesregierung bewertet die Tatsache, dass selbst eine Vollzeitbeschäftigung nicht ausreicht, um den Lebensunterhalt zu sichern, als „sozialen Missbrauch“ durch Unternehmen (S. 36). Immerhin eine klare politische Aussage.

Relevant sind auch die Daten über a-typische und prekäre Beschäftigungsformen (S. 66 f.). Das Land fasst unter a-typischen Beschäftigungsverhältnissen Befristung, Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden, Zeitarbeitsverhältnisse sowie geringfügige Beschäftigung. Von prekärer Beschäftigung ist (S. 67) die Rede, wenn a-typische Beschäftigung mit schlechteren Arbeitsbedingungen, niedrigen Löhnen und geringer sozialer Sicherheit einhergehen und sonst keine Einnahmen vorliegen.

Die Zahl der a-typischen Beschäftigungsverhältnisse stieg in Rheinland-Pfalz von 1998 von 19,5 % auf 25,8 % im Jahr 2008. A-typische (und prekäre) Beschäftigungen sind Sache der Frauen: Während sich 43,4 % der abhängig beschäftigten Frau-

en im Jahre 2008 einer a-typischen Beschäftigung widmen mussten, traf dies nur für 10,6 % der Männer zu. In den „Genuss“ dieser Beschäftigungsformen kommen neben den Frauen insbesondere auch Menschen ohne anerkannte Berufsausbildung, Alleinerziehende und Ausländerinnen und Ausländer (s. **Graphik S. 67**).

Zu den a-typischen bzw. prekären Beschäftigungsverhältnissen zählen auch die sog. Minijobs, deren Zahl sich im Juni 2009 auf fast 7 Mio. Beschäftigungsverhältnisse bundesweit belief. In Rheinland-Pfalz ist die Zahl der Minijobs von 345.000 im Jahre 2004 auf etwa 378.000 im Jahre 2007 gestiegen. Während die Minijobs überwiegend von Frauen ausgeübt werden, wird die Leiharbeit eher von Männern getan.

Dankenswerterweise hat der DGB einen Teil beigesteuert, in dem die Merkmale prekärer Beschäftigungsverhältnisse beschrieben und Aussagen von Betroffenen aufgezeichnet sind. Hier heißt es, dass rund 22 % der abhängig Beschäftigten in Deutschland derzeit im Niedriglohnbereich arbeiten und weniger als 9,61 € die Stunde verdienen. Bei einem Drittel von ihnen liegt der Stundenlohn sogar unter 5 €. Dabei sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse längst keine Domäne gering Qualifizierter mehr.

Hier zwei beispielhafte **Zitate** von Mini-Jobberinnen S. 340/341): „Wieso werden wir geringfügigen Mitarbeiterinnen nicht nach Tarif bezahlt? Da zählt keine Qualifikation, jede Geringfügige wird mit 6 Euro abgespeist. Das ist doch ungerecht.“ (Pflegehelferin, 55 Jahre). Und:

„Erst habe ich gedacht, das geht vorüber und dann hast du wieder eine Arbeit, von der du allein leben kannst, aber nun mache ich schon so viele Jahre Minijob, es mich an, aber ich brauche das Geld.“ (Callcenter Agentin, 32 Jahre)

Armut bei Alleinerziehenden und Familien

Armut hat nicht nur mit Beschäftigungsverhältnissen, sondern auch mit Familienkonstellationen zu tun.

Dabei sind Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern besonders von Armut bedroht. In Rheinland-Pfalz lebten im Jahre 2008 131.300 alleinerziehende Personen (S. 82). Rund 2/3 aller alleinerziehenden Haushalte beziehen ihren überwiegenden

Lebensunterhalt aus einer Erwerbs- oder Berufstätigkeit (S. 85). Mit 18 % muss aber auch fast ein Fünftel der alleinerziehenden Haushalte von Leistungen des SGB II oder III leben, also in Armut oder in einer prekären Lebenslage.

Migrantinnen und Migranten

Wie eingangs gesagt, sind Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit zu 34,4 % armutsgefährdet und die gut 700.000 Menschen mit Migrationshintergrund zu 27,9 %.

Damit zählen Migrantinnen und Migranten zu den am stärksten von Armut betroffenen Bevölkerungsteilen in Deutschland. Sie sind häufiger arbeitslos als andere und haben öfter keine oder niedrige Schulabschlüsse und seltener eine qualifizierte Berufsausbildung. Hinzu kommen mangelnde Deutschkenntnisse als zentraler Benachteiligungsfaktor. So ist es nicht verwunderlich, dass Ausländerinnen und Ausländer einen knapp 20 %-igen Anteil aller Hartz IV-Empfänger ausmachen. Gut 15 %, nämlich 17.500 Personen, waren im Jahre 2008 arbeitslos; 34,4 % waren von Einkommensarmut bedroht gegenüber nur 14,5 % aller Rheinland-Pfälzer. Von den im Sommer 2008 schulentlassenen ausländischen Schülerinnen und Schülern aus allgemeinbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz blieben 16,48 % ohne Hauptschulabschluss, während die deutschen Schulabgängerinnen und –abgänger nur zu 6,43 % ohne Hauptschulabschluss blieben. Dem gegenüber verließen ausländische Schülerinnen und Schüler nur zu knapp 10 % die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife, während deutsche Schulabgängerinnen und –abgänger dies zu knapp 30 % taten, also dreimal öfter erfolgreich waren.

LIGA-Berichtsteil

Wie es den Menschen in der Zone der Verwundbarkeit und im „offiziellen Pauperismus“ ergeht, hat die LIGA im Rahmen eines Hartz IV-Monitorings festgestellt. Hierzu möchte ich nur einige kurze Impressionen aus dem Erfahrungsfeld Armut in Rheinland-Pfalz geben.

Zunächst zur Situation der Kinder im SGB II:

Aufgrund der unzureichenden Unterstützungssätze für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ergeben sich schwerwiegende Beeinträchtigungen der alltäglichen Lebensvollzüge. Dabei ist der vorschulische, schulische und Freizeitbereich besonders betroffen. So werden Kinder häufig von schulischen oder Freizeitaktivitäten, die Geld kosten, abgemeldet, ebenso vom Schul-, Kindergarten- oder Hortessen. An Fördermöglichkeiten, die in der Mittelschicht üblich sind (Nachhilfeunterricht, Sprachunterricht, musische Förderung) ist nicht zu denken. Auch für die erforderliche Ausstattung an Lernmitteln reicht das Geld nicht. Unvorhergesehene Kosten wie z.B. für den Ersatz zerrissener Kleidung, beschädigte Spielsachen usw. können nicht aufgebracht werden. (In Einzelfällen kommt ein Teil des Geldes nicht bei den Kindern an, weil Eltern es für andere, eher erwachsenenspezifische Dinge und Bedürfnisse ausgeben.) Die Kinder sind oft die Leidtragenden, wenn ihre Eltern von der ARGE/dem Jobcenter sanktioniert werden. Insbesondere die Gruppe der Jugendlichen (U-25) ist wegen der weitreichenden Sanktionsmöglichkeiten (völliger Entzug der Geldmittel einschl. der Kosten der Unterkunft) weitgehend schutzlos.

Die Kinder merken nach und nach, dass sie arm sind und schämen sich dafür. Sie fühlen sich stigmatisiert und vereinsamen oft. Ältere Kinder oder Jugendliche neigen zu Cliquenbildung, weibliche Jugendliche versuchen der Armutssituation durch frühe Schwangerschaften zu entfliehen. Armut macht krank: gesundheitliche Probleme und Verhaltensauffälligkeiten häufen sich.

Wie gehen die Eltern mit der entstehenden Armut um?

Die Armutssituation setzt auch die Eltern stark unter Druck: Sie wollen ihre Kinder vor dem Armutsschock bewahren und sparen sich bisweilen Geschenke oder Klassenfahrten/Ausflüge „vom Munde ab“. Insbesondere die aus der unteren und mittleren Mittelschicht stammenden „neuen Armen“ unternehmen oft verzweifelte Anstrengungen, ihre Kinder die harte Realität der Armut nicht spüren zu lassen; andere Betroffene fügen sich ins „Unvermeidliche“. Die „alten Armen“ – insbesondere die klassischen Sozialhilfeempfänger – haben etwas routiniertere Umgangsweisen mit der Armut entwickelt oder sich in den schützenden Raum segregierter Subkulturen (z.B. soziale Brennpunkte) geflüchtet.

Die meisten Langzeitarbeitslosen – und insbesondere die Alleinerziehenden – fühlen sich durch die Folgen ihrer Arbeitslosigkeit sehr stark gegenüber ihren Kindern belastet.

Dann werden z.B. Fest- und Feiertage zu unerwünschten, beängstigenden Ereignissen: *„Mir graut vor der Weihnachtszeit; am liebsten wäre ich gar nicht mehr da.“* Aber auch der Alltag wird anstrengend: *„Ich bin ein alleinerziehender Vater, der durch Krankheit nicht mehr hundertprozentig arbeiten kann und Hartz IV-Leistung bekommt. Ich schäme mich, das ich mir die Schulbücher, Klassenfahrten und kleinere und größere Wünsche meines Sohnes nicht leisten und erfüllen kann!“* Manchmal endet der (ungleiche) Kampf mit der Behörde in verzweifelterm Trotz: *„Ich mache keine „Zwangsarbeit“, lieber kündige ich meine Wohnung und lebe auf der Straße; ich belüge meine Tochter schon seit zwei Jahren (sie weiß nicht, dass wir ergänzend ALG II beziehen), sie geht doch zum Gymnasium.“*

Kein Geld für Vereine und geringere Mobilität, bedeuten auch geringere kulturelle Möglichkeiten; wenig oder gar kein Taschengeld zu besitzen, heißt auch, dass der Umgang mit Geld nicht eingeübt werden kann.

Eltern schwanken zwischen Rückzug und Widerspruch:

„Ich möchte arbeiten, aber nicht so wie das Jobcenter das will! Ich möchte meine Familie selber ernähren – aber nicht mit einem 1-Euro-Job. Die Mauer im Jobcenter ist sehr sehr dick! Ich komme an die Leute nicht heran!“

Viele schicken sich in die Vorgaben der ARGE n und entwickeln nicht den Mut zum Widerspruch oder zur Inanspruchnahme von Hilfen. Sie haben Angst vor bestimmten Sachbearbeitern und fühlen sich in einer starken Abhängigkeit von Dritten (Familie, Vermieter, Freunde, Nachbarn).

Sanktionen

Kann man schon mit den derzeit gezahlten Regelsätzen nicht menschenwürdig leben, so wird der Lebensunterhalt bei Sanktionen aufgrund von Verletzungen von Bestimmungen des SGB II weit unter das sozio-kulturelle Existenzminimum gedrückt. Im Falle der erwachsenen Über-25-Jährigen kann das bis zu 60 % der Regelleistungen sein. Bei den Unter-25-Jährigen werden beim ersten schweren Pflichtverstoß überhaupt keine Geldleistungen mehr gezahlt und die angemessenen Kosten der

Unterkunft und Heizung gehen direkt an den Vermieter. Bei einer Wiederholung werden auch keine Kosten der Unterkunft mehr erstattet. Die Argen können dann Sachleistungen gewähren, ein Anspruch darauf besteht jedoch nicht. Hier wird die ganze böse Konsequenz der rigiden Arbeitskraft-Bewirtschaftung durch den Staat deutlich: Die Menschen fallen in absolute Armut und flüchten in Kleinkriminalität oder in die manchmal auch erbärmlichen sozialen Netzwerke der Familien und Freunde. Sind auch diese nicht vorhanden, kann der Tod per Gesetz eintreten. So geschehen im Falle des Speyerer Arbeitslosen Sascha K.

Sanktionen sind keine Randerscheinungen des SGB II-Geschehens: In Rheinland-Pfalz wurden im Dezember 2008 6.100 Sanktionen (S. 39) neu festgestellt und im Verlauf des Jahres 2008 waren es insgesamt 36.098 Fälle.

Zusammenfassend kann man mit einem Hartz-IV- „Kunden“ sagen: „Ich wünsche nicht einmal meinem ärgsten Feind, Hartz IV beantragen zu müssen.“ **(Zitat-Folie)**

Tafeln

Wo sich die enorme Armutsentwicklung der letzten Jahre ausweist und in einer bizarren Hilfeform niederschlägt, das sind die Tafeln. Mehr als 50 Tafeln in Rheinland-Pfalz versorgen zwischen 40.000 und 50.000 Menschen.

Die ganze Ambivalenz dieser Einrichtungen erscheint in den persönlichen Aussagen der Klienten, nach denen wir die Vertreterinnen und Vertreter der Tafeln gefragt haben: *„Ich schäme mich so sehr, ich kann mir gar nicht vorstellen, dahin zu gehen, aber es geht nicht anders.“*

„Ich hätte nie gedacht, dass ich mal so etwas in Anspruch nehmen muss.“ Oder: *„Es ist ja nichts mehr da! Ja, wenn Ihr Euch erst bedient! Dann sind die besten Dinge weg.“* Oder *„Früher gehörte ich zu den Spendern, heute bin ich Gast der Tafel.“* Oder *„Ich komme mir vor, wie der letzte Penner.“* Aber auch: *„Danke, wir sind froh, dass es euch gibt.“*

Wohnungslosigkeit

Bei einer Darstellung von Armutssituationen in Rheinland-Pfalz dürfen die Wohnungs- bzw. Obdachlosen nicht fehlen, da u.a. hier die Übergänge zur extremen Armut zu finden sind. Die LIGA ist hier mit zahlreichen ambulanten und stationären Einrichtungen engagiert und führt seit einigen Jahren einmal jährlich eine Stichtagserhe-

bung zur quantitativen Seite dieser Problematik durch. Leider schwankt die Zahl der beteiligten Einrichtungen, so dass hier nur ungefähre Angaben gemacht werden können. Aber bessere Zahlen liegen auch dem Land nicht vor. Im mittelfristigen Längsschnitt dürfte sich die Zahl der wohnungslosen Menschen in Rheinland-Pfalz zwischen 1.200 und 1.800 Personen bewegen, wobei die Zahl derer, die wirklich auf der Straße leben oder nur in Nottfällen Übernachtungseinrichtungen anlaufen, bei ca. 3 – 500 Personen liegen dürfte. Diese sind gerade bei kalten Witterungsverhältnissen einer extremen Gefährdung ihrer Gesundheit ausgesetzt.

Was aber bei der letztjährigen Stichtagserhebung auffällt ist, dass die Zahl der jungen Heranwachsenden bis 24 Jahre seit 2007 von 10 Prozent auf 14 Prozent im Jahre 2009 signifikant gewachsen ist. **(Schaubild: Entwicklung (der Zahl) der jungen wohnungslosen Menschen, S. 182)**

Zwar handelt es sich quantitativ nicht um eine Riesenzahl (diese liegt vielleicht bei etwa 150 Personen). Aber gerade in dieser Altersgruppe geht es darum, den Abstieg und den dauernden Verbleib in der Wohnungslosigkeit, begleitet von Sucht- und sonstigen Erkrankungen, zu verhindern. Bei dieser Problemgruppe ist interessant, dass nicht nur personen- und familienbezogene Probleme eine Rolle spielen, sondern auch das tendenzielle Versagen der Hilfesysteme. Man kann sogar sagen, dass das Hilfesystem selbst Armut schafft bzw. diese zulässt. Das kommt u.a. so, dass die Jugendhilfe nicht angemessen auf die Problemlagen dieser Altersgruppe z.B. mit Jugendsozialarbeit oder jugendspezifischen Maßnahmen, wie dem betreuten Jugendwohnen oder intensiver persönlicher Begleitung reagiert. Oft werden auch Hilfen zur Erziehung über das 18. Lebensjahr hinaus, also beim Erwachsenwerden nicht fortgesetzt, obwohl das SGB VIII dies durchaus bis zum 25. bzw. 27. Lebensjahr vorsieht.

Besonders schwierig wird es dann, wenn junge Leute arbeitslos sind und Leistungen von der ARGE beziehen. Bei fehlender Mitwirkung können ihnen bekanntermaßen nicht nur die Geldmittel vollkommen gestrichen, sondern auch die Übernahme der Kosten der Unterkunft entzogen werden, so dass diese – zumal die alleine Lebenden – wohnungslos werden. Aber auch die Situation bei Zusammenleben in Bedarfsgemeinschaften – sprich Familien – ist nicht viel besser. Denn indem man dem Sanktionierten auch seinen Anteil an den Kosten der Unterkunft streicht, wird die ganze

Bedarfsgemeinschaft in Mitleidenschaft gezogen, da sich der Ansatz für die Mietkosten insgesamt verringert. Dadurch entsteht natürlich Druck auf das „schwarze Schaf“. Wenn man dieses (nach den entsprechenden Konflikten) los ist, werden die Kosten der Unterkunft für die Restfamilie wieder in der bisherigen Höhe übernommen.

Diese Problemlagen können nur zur Konsequenz haben, dass die Hilfesysteme, insbesondere die des SGB II und des SGB VIII besser zusammenarbeiten müssen und vor allem die rigiden Sanktionsregelungen entschärft oder noch besser abgeschafft werden.

Soweit zur Armutsseite. Wenden wir uns nun der sozialen Ungleichheit und dem Reichtum in Deutschland und Rheinland-Pfalz zu:

Ungleichheit und Reichtum in Deutschland und Rheinland-Pfalz

Zunächst ein Blick auf die einschlägigen Daten aus dem 3. Lebenslagenbericht der Bundesregierung. Die Reichtumsdimension handelt der Bericht auf weniger als 10 Seiten ab. Daten zum Nettovermögen der privaten Haushalte (7,8 Billionen Euro Ende 2002) sind im Glossar unter „Vermögensverteilung“ versteckt. Dort heißt es, dass im Rahmen der EVS u.a. durch eine „erhebungsbedingte Untererfassung des Geldvermögens“ nur für rund 5 Billionen Euro detaillierte Verteilungsdaten vorlägen.

Im Zuge der „integrierten Einkommens- und Vermögensperspektive“ beträgt der Anteil der Einkommensreichen (1 Person-Haushalte), die doppelt so viel Monats-Nettoeinkommen haben wie die Mitte, 8,8% der Bevölkerung. D.h. sie beziehen mehr als 3.418 Euro monatlich. Die Reichtumsschwelle eines Paarhaushaltes mit 2 Kindern unter 14 Jahren liegt bei 6.863 Euro netto mtl. (S.20).

Nach einer Studie über subjektive Einschätzungen zu Reichtum und Ungleichheit liegt die Reichtumsschwelle aus Sicht der Bevölkerung am Median gemessen bei 5000 Euro mtl.

Diese wenigen Zahlen bzw. der Reichtumsteil des Berichts machen den tatsächlichen Reichtum in keiner Weise deutlich.

Im Gegenteil werden die tatsächlichen Vermögens- und Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik eher verschleiert und die gesellschaftliche und ökonomische Macht der Reichen, also ihre „Verwirklichungschancen“ ausgeblendet. Welche Macht

sie haben, sieht man z.B. daran, dass die Gewinn- und Vermögenseinkommen von 1991 – 2007 von 29 % auf 35 % gestiegen und die Arbeitnehmereinkommen (die Lohnquote) in der gleichen Zeit von 71 % auf 65 % gefallen ist.

Nach Prof. Klein von der Rosa-Luxemburg-Stiftung (2008) bleibt in allen Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung unerwähnt, dass die Reichtumskonzentration in Deutschland Teil der erdweiten sozialen Polarisierung ist (Literaturangaben s. Vortrag vom 28. August 2008):

- Allein die 25 reichsten Amerikaner haben ein Einkommen, das demjenigen von fast 2 Milliarden der ärmsten Menschen entspricht.
- Die zu dem einen Prozent der Weltbevölkerung Zählenden, (...) haben ein Einkommen, das dem von 57 Prozent der Menschheit entspricht. Zu diesen Reichsten gehören auch die deutschen Superreichen.
- Zur „Jahrtausendwende kämpfen über 1,2 Milliarden Menschen mit weniger als einem US-Dollar pro Tag ums Überleben – und mehr als doppelt so viele, 2,8 Milliarden, mit weniger als zwei US-Dollar“.
- Alle fünf Sekunden stirbt ein Kind unter zehn Jahren an Hunger oder an Krankheiten, die mit Unterernährung verknüpft sind.

Als Mechanismen deutscher ursächlicher Beteiligung an der sozialen Spaltung der Welt stellt Prof. Klein dar:

- Ausbeutung der Billiglohn-Arbeit in armen Ländern
- terms of trade: hohe Preise für deutsche Exportgüter, niedrige Preise für Importgüter aus dem „Süden“
- Schuldendienst von Entwicklungsländern: Der jährliche Schuldendienst der „Dritten Welt“ von 90 Mrd. US-Dollar 1980 verdoppelte sich auf 181 Mrd. US-Dollar 2003.
- Zerstörung einheimischer Produktion in Entwicklungsländern durch Exporte der Industrieländer – in der Landwirtschaft oft durch subventionierte Produktion.

So sammelt sich der Reichtum auch in Deutschland an. Nach Angabe der inzwischen allerdings untergegangenen Investmentbank Merrill Lynch gab es schon vor einigen Jahren fast 800.000 Finanzmillionäre und 4.400 Deutsche mit einem Finanzvermögen von mehr als 30 Mio. Dollar. Die ersteren zählen zu den sog. „high-net-worth-individuals“ (HNWIs), die zweiten zu den „ultra-high-net-worth-individuals“ (UHNWIs). Diese Gruppen von Reichen besitzen eine überdurchschnittliche Verfügung über alle anderen Ressourcen der Gesellschaft und sind in der Lage, andere Bevölkerungsgruppen vom Reichtum und Ressourcen auszuschließen.

Sie können sich ganz andere Politiker kaufen, als den Jürgen Rüttgers von der CDU Nordrhein-Westfalen. Prof. Krysmanski hat in seinem neuen Buch „Hirten und Wölfe“ ein Ranking der deutschen Großaktionäre aus der Zeitschrift Cicero für das Jahr 2005 aufgelistet. Demnach hat die Großfamilie Haniel eine Dividende von 141 Mio. €, Susanne Klatten von BMW 127 Mio. €, Firma Merkle, der Zementhersteller 112 Mio. € und die Teilfamilie Herz, denen Beiersdorf gehört, immerhin noch 72 Mio. € eingestrichen. Demgegenüber wirkt Josef Ackermann von der Deutschen Bank mit einer Gesamtvergütung von 11,9 Mio. € im Jahr 2005 als ein Waisenknabe (S. 286 f.). Der Chef der BASF Ludwigshafen, Jürgen Hamprecht, bekommt „nur“ noch 3,7 Millionen Euro jährlich (S. 287).

Reichtum in Rheinland-Pfalz

Was sagt uns nun der rheinland-pfälzische Ungleichheits- und Reichtumsteil? Rheinland-Pfalz weist ein Ungleichheitsmaß (sog. Gini-Koeffizient) von 0,28 auf (S. 23); wobei ein Koeffizient von 0 eine maximale Gleichverteilung und ein Koeffizient von 1 eine maximale Ungleichheit ausweisen würde. Rheinland-Pfalz liegt im Ungleichheitsvergleich mit anderen deutschen Bundesländern in der Mitte (Hamburg hat mit 0,32 den größten Ungleichheitsfaktor). Das alles sagt noch nicht viel. Sehen wir weiter.

Der Reichtumsteil unterscheidet zwischen Einkommens- und Vermögensreichtum.

Einkommensreichtum

Aussagen über das statistische Ausmaß des Reichtums werden wie bei der Armut mittels Quoten gewonnen. Hierzu muss zunächst ein Mittelwert, der Median (nicht das arithmetische Mittel) festgestellt werden. Laut EVS von 2003 betrug der Median des Monatsnetto-Äquivalentseinkommens in **Westdeutschland 1.726 €**, also des Haushalts, der genau in der Mitte der Einkommensverteilung liegt. Nach dem Mikrozensus lag der Median allerdings nur bei 1.233 € (vgl. S. 210).

Als einkommensreich gilt in Rheinland-Pfalz, wer mehr als 200 oder 300 % des (aus Vergleichsgründen) westdeutschen Monatsnetto-Äquivalentseinkommens verdient. Je nach Datenquelle sind die Reichtumsgrenzen unterschiedlich (vgl. **Schaubild S. 212**). Für Rheinland-Pfalz liegen sie laut EVS 2003 bei 3.533 € (200 %) und bei 5.299 € (300 %). Allerdings liegen sie beim Mikrozensus erheblich niedriger, nämlich bei 2.533 € oder 3.800 € 2006.

Die gesellschaftliche Bedeutung solcher Einkommensgruppen, die sich meiner Einschätzung nach noch im besseren Sparkassen- und Kleinanlegermilieu bewegen, dürfte nicht sonderlich hoch sein. Vielmehr Macht haben die eben erwähnten HNWIs und UHNWIs, die aber in einer anderen Liga spielen.

Inzwischen ist laut Mikrozensus der Anteil der 200 %-Einkommensreichen seit 2003 von

8,1 % auf 9 % gestiegen. Demgegenüber ist der Anteil der 300 %-Reichen von 2,2 % 2003 auf 2,1 % 2006 gefallen (haben sich hier manche verspekuliert?)

Nach dem SOEP sieht die Sache bezogen auf die Gesamtbevölkerung Westdeutschlands anders aus (s. Schaubild S. 215). Hier haben die 200 %-Reichen von 8,2 % auf 10,2 % und die 300 %-Reichen von 1,7 % auf 3,2 % zugelegt.

Nun noch einige qualitative Aspekte:

Nach dem 4. Landes-Armuts- und Reichtumsbericht könnte man sagen, dass derjenige umso reicher ist, je gebildeter er ist: Personen mit Abitur waren 2006 nämlich ca. 6,5 mal häufiger 200%- reich wie Hauptschüler und fast 10 mal so häufig 300%-reich (vgl. S. 219 f.). Abitur zu machen, lohnt sich also!

Sieht man sich die Reichtumsbevölkerung nach dem Merkmal des Erwerbsstatus an (s.S. 223 ff.), so fällt auf, dass Selbständige, Beamte und Pensionäre über- und Arbeiter und Arbeitslose unterrepräsentiert sind.

Das lenkt den Blick auf die Quellen des Reichtums, wie sie sich in der EVS und der Einkommenssteuerstatistik darstellen. Interessant ist, dass mit steigenden Einkommen der Anteil der Einkommen aus abhängiger, unselbständiger Arbeit sinkt. Von den 300 %-Reichen haben nur knapp 23 % ihr Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit erworben (**Schaubild Einkommensquoten S. 240**). Das heißt: Von Lohnarbeit kann nur ein kleiner Teil der Bevölkerung mittelmäßig reich werden – bei selbständiger Tätigkeit steigt diese Chance enorm. Hier korrelieren Einkommen aus selbständiger Tätigkeit mit nicht-öffentlichen Transferleistungen wie Werkspensionen und-renten sowie mit privaten Kranken-, Schadens- und Unfallversicherungen. Man kann vielleicht sagen, dass die Einkommensreichen am häufigsten privatversicherte Selbständige sind. (Oberste 300%-Zeile erläutern)

Erbschaften

Reich werden kann man auch durch Erbschaften. Immerhin gab es 2007 knapp 6.000 Erbschaften und Schenkungen in Rheinland-Pfalz, wobei für 4.003 Fälle der steuerliche Gesamtwert auf rd. 1 Mrd. € beziffert wird (s.S. 246 f.).

Hier sind ausnahmsweise einmal die Frauen im Vorteil: 58,2 % der Erben waren weiblich (s.S. 247).

Wer hohe Einkommen hat, kann viel sparen: So beträgt die Sparquote der 300 %-Einkommensreichen sage und schreibe 30 %. Wer soviel sparen kann, der ist auch in der Lage, Vermögen aufzuhäufen.

Vermögensreichtum

Welche Daten liegen hierüber vor, wobei hier sowohl Geld- und Immobilienvermögen, als auch Sachvermögen und erstmalig (auf Forderung der LIGA) auch das **Produktivvermögen** ausgewiesen werden. Letzteres ist gefordert worden, um den Zusammenhang von **Reichtum und Selbständigkeit** noch besser belegen zu können. Leider ist auch in diesem Bereich die Datenlage mangelhaft: Die Aussagen aus dem SOEP sind nicht repräsentativ und können nur als Trendaussagen gewertet werden.

Generell wird auf der Vermögensseite das arithmetische Mittel (nicht der Median) und das Pro-Kopf-Vermögen (und nicht das Haushaltsvermögen) zur Grundlage genommen.

Im Folgenden soll uns mehr das Geld- und Immobilien- sowie das Produktivvermögen interessieren und weniger das Sachvermögen, also die Zahl und Art der Personenkraftwagen, der Fernsehgeräte und Computer.

Zunächst zur **Vermögensverteilung**:

Die Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer besaßen im Jahre 2003 ein Nettovermögen von durchschnittlich 67.339 €. Allerdings ist dieses Vermögen äußerst ungleich verteilt: Die vermögensärmere Hälfte besaß nur 12.531 € im Durchschnitt, wogegen die 10 % Vermögensreichsten mehr als das 20-fache, nämlich 267.530 €, besaßen. Das vermögensreichste eine Prozent konnte sogar 621.179 € im Durchschnitt sein eigen nennen, was ungefähr dem 50fachen entspricht (vgl. S. 256).

Der Volksmund sagt: Der Teufel schießt nicht auf kleine Haufen. Und so ist es auch bei der Vermögensentwicklung. Die Vermögensreichsten legen deutlich zu, während die untere Bevölkerungshälfte Verluste hinnehmen musste. Die oberen 10 % Vermögensreichsten konnten zwischen 1998 und 2003 28,3 % hinzugewinnen, das oberste 1 % sogar 70 %. Demgegenüber verringerte sich der Nettovermögensbestand der unteren Bevölkerungshälfte um 1,5 % (S. 257). Entsprechend besaßen die oberen 10 % fast 40 % des Gesamtvermögens, während die untere Hälfte nur auf einen Anteil von 9,3 % kam. Leider lässt sich aufgrund der geringen Fallzahlen Rheinland-Pfalz kein Vergleich zwischen dem obersten 1 % und der unteren Bevölkerungshälfte ziehen (S. 258).

Dieser Datenausfall wiederholt sich auch, wenn es um den Vermögensanteil nach Erwerbsstatus geht. So können aufgrund geringer Fallzahlen über die Anteile der 10 % Vermögensreichsten in Rheinland-Pfalz an den einzelnen Berufsgruppen nur eingeschränkte Aussagen gemacht werden. Über den Anteil der Selbständigen unter den oberen 10 % der Vermögensreichsten ebenfalls. Diese Dunkelziffer des Reichtums lässt den vorläufigen Schluss zu, dass das, was der Reichtumsteil darstellt, nur den privaten Wohlstand erfasst und die wenigen Leuchttürme des Reichtums, wie BASF, Boehringer, Schott u.a. Firmen statistisch gesehen im dunkeln liegen. Über

deren Macht ist an keiner Stelle die Rede. Um dies aufzuhellen, wären Fallstudien nötig.

Dafür wird Nahe liegendes „bewiesen“: Wer hohes Einkommen hat, erwirbt auch höhere Vermögen. So waren 2003 35,3 % der 200 %-Einkommensreichen auch vermögensreich; bei den 300 %-Reichen waren es sogar 52,2 %. D.h. also, mehr als die Hälfte der 300 % Einkommensreichen zählen zu den 10 % der Vermögensreichen. Fazit: Wer hat, dem wird gegeben. Die Reichen wurden reicher, die Armen ärmer und zahlreicher (obwohl in der Krise auch manche Reiche ärmer geworden sind).

Wenden wir uns nun dem klassischen **Produktivvermögen**, und damit einem neuen Datenbereich des 4. Landes-Armuts- und Reichtumsberichts zu.

Mit Produktivvermögen bzw. Betriebsvermögen ist das private Eigentum an Unternehmen und dessen Vermögensbestände, wie z.B. die Betriebsausstattung, die Waren und das Bargeld gemeint. (Hierzu zählen allerdings nicht das Eigentum an Aktien und Wertpapieren.) Auch hier haben wir wieder ein Datenproblem. Da in Bezug auf das Produktivvermögen nur das sozio-ökonomische Panel, also das SOEP, genutzt werden kann, ist keine Trennung der Aussagen zum Betriebsvermögen in Rheinland-Pfalz und dem Saarland möglich. Die folgenden Werte gelten also für die beiden Bundesländer. Dennoch scheinen mir die Daten interessant. Denn obwohl die Gruppe der Menschen mit Produktivvermögen zwischen 2002 und 2007 kleiner geworden ist, hat sich der Umfang des Vermögens deutlich erhöht. Hatten wir im Jahre 2002 noch 236.788 Bürgerinnen und Bürger mit Produktivvermögen, so waren es 2007 nur noch 157.889, also ein Schwund von ca. 33 % (vgl. S. 268). Der Gesamtbetrag des Produktivvermögens ist jedoch von 2002 bis 2007 von 5,6 Mrd. € auf rd. 9,4 Mrd. € gestiegen. Dies spricht für eine wachsende Vermögenskonzentration in RLP und für einen Verdrängungswettbewerb unter den Kapitalisten.

Im Durchschnitt besaßen die Produktionsmittelbesitzer 2007 ein Produktivvermögen von 59.352 €. Für Westdeutschland ergab sich 2007 eine Produktivvermögenssumme von insgesamt 311 Mrd. € (**vgl. Graphik S. 268**). Trotz seiner gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedeutung ist diese Form des Reichtums von seinem quantitativen Anteil her gering: Er beträgt in Westdeutschland nur gut 4 % des (statistisch erfassbaren) Gesamtvermögens und in Rheinland-Pfalz etwa genauso viel. Natürlich sind auch hier die Einkommensreichen im Vorteil: So verfügen die 300 %-

Reichen durchschnittlich über das 12- bis 15-fache des Betriebsvermögens der Gesamtbevölkerung (S. 268). Über deren gesellschaftliche Macht, nämlich die Fähigkeit, eine Masse produktionsmittelloser Arbeitnehmer zu beschäftigen bzw. auszubeuten, schweigt sich der 4. Armuts- und Reichtumsbericht ebenfalls aus.

Da der 4. Armuts- und Reichtumsbericht überwiegend die Zeit zwischen 1998 und 2003 vergleicht, hinkt er enorm hinter der aktuellen Entwicklung einer finanzmarktgetriebenen Aufblähung der Geldvermögen hinterher und hinterlässt ein relativ großes Dunkelfeld des Reichtums.

Macht und Reichtum

Einer der wenigen kritischen Reichtumsforscher in Deutschland, Prof. Hans-Jürgen **Krysmanski** aus Münster versucht, dieses Dunkelfeld besser auszuleuchten. Er ist der Meinung, dass sich das Netzwerk der Reichen so eng konzentriert und von der übrigen Gesellschaft abgesetzt hat, dass man von einer „Kapitalismusbasierten High-Tech-Refeudalisierung Europas“ sprechen könne. Deshalb belegt er dieses Netzwerk teils kooperierender, teils konkurrierender Eliten mit dem Begriff des „Geldmacht-Apparats“. In diesem Geldmacht-Apparat richteten sich 5 Gruppen im Zentrum ein:

1. über Generationen vererbter, dynastischer Reichtum
2. der europäische Adel
3. die Vertreter des Neureichtums, die sich über technische, finanzielle und konsum-strategische Innovationen Geld zusammengerafft haben
4. durch Korruption hochgekommene Oligarchen und
5. Mafiamilliardäre.

Das sei die Geldmacht oder Geldelite. Eine bunte Truppe fürwahr.

Dabei seien es Geschäfte mit „verflüssigtem Betriebsvermögen“ und nicht Geschäfte auf der Basis **von** Betriebsvermögen, die die großen Einkommen hereinbrächten. Hintergrund dieser Entwicklung sei (mit Bezug auf Giovanni Arrighi), dass sich „eine ausgedehnte Menge von Geldkapital aus seiner Warenform befreit habe und Akkumulation sich vornehmlich in Gestalt von Geldgeschäften vollziehe“ (vgl. Krysmanski in:

Sarah Wagenknecht u.a. „Armut und Reichtum heute“, 2007, S. 226). Die Inhaber dieses Superreichtums stellen eine zu allem fähige soziale Schicht und neue gesellschaftliche Mitte dar, in deren Händen sich auch alle Macht konzentrierte. Eine Macht, die dem Gottesgnadentum (von wegen Feudalismus) gleichkäme. Ihre Machtbasis sei der Geldmacht-Apparat, ihr Wesen sei eine neue Form der Souveränität. Um diese neue reiche Geld- und Machtmitte ordnet er in einem **Ringmodell (Folie)** deren hoch- und gutbezahlte Zuarbeiterinnen und Zuarbeiter an (vgl. Krysmanski in: Hirten und Wölfe, S. 161).

Der **erste Ring** um die Geldelite herum wird durch die Konzern- und Finanzeliten, also die Spitzenmanager der verschiedenen Wirtschaftsbereiche gezogen, die als Spezialisten der Kapitalverwertung fungieren. Den **zweiten Ring** bilden die Agenten der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, nämlich die politischen Eliten. Parlamente und Politiker sowie deren Beraterstäbe, sollen - möglichst demokratisch legitimiert – die Verteilung des Reichtums von unten nach oben besorgen. Im **Außenring** (dritter Ring) agieren die funktionalen Wissenseiten und Technokraten aller Art (z.B. wissenschaftliche und banknahe Institute, globalisierungskritische Intellektuelle, aber auch NGOs, Medien- und Kulturvertreter, EU- und Weltbankbürokratien bis hin zu Wohlfühl- und Sicherheitspersonal).

So weit die relativ lebensnahe Darstellung von Krysmanski.

Um den Reichtum mit der Armut zusammen zu bringen und den Gesellschaftsaufbau zu vervollständigen, müsste man hinzufügen, dass sich um die drei Schutzwälle der Geldmachtelite ein breiter vierter Ring dienstbarer, aber eigentumsloser und zum großen Teil schlecht bezahlter Geister – also der abhängig Beschäftigten - zieht, die den Reichtum erwirtschaften.

Um dessen porösem Rand lagert sich eine anwachsende Grauzone arbeitsloser und arbeitender Armer an, die wegen ihrer dürftigen staatlichen Alimentation bzw. ihrer Hungerlöhne zu den Brosamen der Reichen greifen müssen, die ihnen insbesondere die Tafeln zuwerfen. Diese neuen Engel der Armen bilden dann den vorläufig letzten und fünften Ring, der die Geldmachtelite stützt.

Schlussbewertung des Landesberichts

Die wüste Paradoxie des Reichtums und das Drama der Ungleichheit, das sich vor unseren Augen abspielt, wird in seiner Bedeutung für die Armen und seiner Tragweite für die Gesellschaft nur in Ansätzen erkannt.

Immerhin hat die LIGA das Elend der Armutsbevölkerung und die Erosion der Sozialstaatlichkeit mit den Berichten aus der Hartz-IV- und Tafelwelt und der Not der armen Kinder dargestellt. Außerdem wurde auf den Zusammenhang von ökologischer und sozialer Frage hingewiesen.

Auch das Land ist der Meinung, dass eine Teilversorgung bedürftiger Menschen durch Tafeln keine Alternative zu Leistungen des SGB II oder XII in ausreichender Höhe sein kann (vgl. S. 194 f). Es plädiert für eine kritische Überprüfung der Höhe der Regelsätze, den Schutz von Arbeitnehmerrechten und die Einführung von Mindestlöhnen – allerdings ohne die seinerzeitige Unterstützung der Agenda -Politik bei Einführung der Hartz IV -Gesetze auch nur mit einem Wort zu erwähnen (vgl. S. 344 ff).

Die Polarisierung von arm und reich wird kritisch gesehen; sie sei sozialpolitisch nicht akzeptabel und stelle eine Gefährdung der demokratischen Gesellschaftsordnung dar (S. 350). Daher sei eine sozialstaatliche Umverteilung und in diesem Zusammenhang eine Reform der Erbschaftssteuer und die „Einbeziehung“ von Vermögen und höheren Einkommen sinnvoll.

Der geforderte Beitrag der Reichen erscheint aber bloß als moralischer Appell im Sinne des Grundgesetzes Artikel 14,2 wonach Reichtum zu sozialer Verantwortung verpflichtet, von der aber bis heute nichts strukturelles zu erkennen ist.

Zusammenhänge zwischen Armut und Reichtum werden nicht be- und aufgearbeitet und daher auch nicht an die Möglichkeit und Notwendigkeit weitreichender Reformen wie z.B. eine kollektive Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich oder gar an eine Aufhebung der Lohnarbeit als Beendigung ihrer absoluten Armut und damit des abstrakten Reichtums gedacht.

Was der dritte L.lagenbericht der Bundesregierung und der Vierte Landes-Armuts- und Reichtumsbericht gemeinsam haben, ist, dass die Polarität von Arm und Reich nicht als Ausdruck der immensen und zerstörerischen Widersprüche der kapitalistischen Produktion und Reproduktion, sondern einseitig als Gefährdung der „Demo-

kratie“ und der „sozialen Marktwirtschaft“ gesehen wird. Im Grunde soll alles so bleiben wie es ist. Die Leiden der Armen werden so negiert und nicht als fundamentale Kritik am herrschenden Reichtumsparadigma gewertet. Allenfalls werden im Hintergrund Befürchtungen vor sozialen Unruhen erkennbar.

Im Duktus der politischen Vorsorge soll aus der Sicht des Landes auch in der aktuellen Wirtschafts- und Finanzkrise der soziale Ausgleich gewahrt, d.h. das Finanzsystem und der Sozialstaat gleichzeitig gesichert bleiben. Dies erscheint einerseits illusionär und andererseits bitter nötig, wenn man sich das aktuelle Sparprogramm der Bundesregierung ansieht. Denn dies schröpft die Armen ungleich mehr als die Reichen und Produktionsmittelbesitzer (s. **Übersicht des DPWV** – im Newsletter von Herrn Thomé vom 9. Juni 2010). Damit sind wir wieder beim aktuellen Tagesgeschäft bzw. den Abwehrkämpfen, die aber auch zum Thema Armut und Reichtum gehören. In der Diskussion könnten wir versuchen, die Erkenntnisse der empirischen Armuts- und Reichtumsforschung und die politische Bearbeitung der Ungleichheit gemeinsam zu diskutieren.

Gegen die wachsende Armut, gegen die zunehmende Prekarisierung der Arbeits- und Lebenswelt und die Umverteilung von unten nach oben müssen wir uns in möglichst großen Bündnissen wehren. Was wir aber auch brauchen, ist eine theoriegeleitete Reichtumsanalyse und eine hierdurch fundierte Reichtumskritik. Vor allem aber brauchen wir die Wiedergewinnung einer Idee vom „guten Leben für alle“ jenseits der abstrakten Verwertungslogik des Geldes bzw. des Kapitals. Nur wenn die menschlichen Bedürfnisse wieder die Oberhand gegenüber der herrschenden Selbstzweckökonomie gewinnen, wenn sich die Menschen wieder selbst in den Stand setzen, ihre Angelegenheiten vernünftig und nach menschlichem Maß zu regeln, kommen wir der Vision vom „guten Leben“ näher.

Mainz/Neuwied im August 2010

Günther Salz